(Vierter Expedition: Kommandanten-Straße 7. Jahrgang.)

Urwähler-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Festtagen. Preis pro Woche 1 Sgr. 3 Pf. Inserate pro Petitzeile 2 Sgr. Diejenigen geehrten Abonnenten hier, welche die Urwähler-Zeitung früh Morgens pünktlich zu erhalten wünschen, zahlen wöchentlich 3 Pf. Botenlohn. Außerhalb Preußens beliebe man sich an die zunächst belegenen Postämter, im Inlande an die bekannten Spediteure der des Postdebits verlustigen Zeitungen zu wenden.

№ 26. Berlin, Sonnabend, den 31. Januar 1852.

Zum zweiten Geburtstage.

Die Verfassung wird heute grade zwei Jahr alt; und da sie stets eine gute unschuldige Verfassung gewesen ist, die Keinen genirte und Niemandem etwas zu Leide that, so ist es gewiß gut und recht, daß wir ihr heute eine kleine Aufmerksamkeit erweisen.

Liebliche Kinder pflegt man porträtiren zu lassen, weil man nicht wissen kann, wie sie sich verändern werden. Da man auch bei unserer Verfassung, dem lieblichsten Kinde unseres Konstitutionalismus, nicht wissen kann, wie sie sich verändern wird, so ist es nicht nur ein Liebesdienst, sondern eine wahre Pflicht, ihr Porträt recht schnell anzufertigen. Ja, wenn Herr von Gerlach Recht hatte, als er in der Kammer sagte: „Die Verfassung ist von gestern und wird vielleicht morgen nicht mehr sein!" wenn er wahr gesprochen haben und die liebe Verfassung uns in irgend einer Weise abhanden kommen sollte, so ist es auch rathsam, ein Bild von ihr zu besitzen, wenigstens dazu, um nöthigenfalls ihr getreuliches Signalement zu haben.

Die Verfassung also ist geboren zu Berlin am 31. Januar 1850. Sie ist hundert und neunzehn Artikel lang, proportionirt breit und gar nicht tief. Ihre Gesichtsfarbe ist so blaß, daß sie Professor Stahl eine Charta blanca genannt hat. Sie leidet am Bruch, dem Bruch mit der Revolution, und sie steht nicht recht gerade, so daß sie bald nach rechts, bald nach links hinschwankt.

Ueber ihren Charakter ist man gerade nicht sehr gut zu sprechen. Sie soll nicht so unschuldig sein, wie sie aussieht, aber unschädlicher, als man meinen sollte. Professor Stahl nennt sie „ein scharfes Schwert, das in der Scheide steckt, das aber keinen Griff hat, um es ziehen zu können." Dennoch aber soll sie gezogen werden und zwar in einer General-Erziehungs-Anstalt, wo sie vom Kopf bis zu Fuß revidirt werden soll.

Wenn man hört, was sie „zerstört", so könnte man glauben, sie gehöre zur Umsturzpartei. „Sie zerstört," sagt das eben genannte Kammermitglied, „die gesunden Eigenthumsverhältnisse der Fideikommisse," demnach wäre sie eine Art Kommunistin. „Sie zerstört alle gesunden Gemeinde- und Kreisverbände," hiernach wäre sie eine Art Sozialistin. „Sie zerstört die kirchlichen Dotationen," hiernach wäre sie auch eine Art Atheistin. — In der That will man sich erinnern, daß sie in einem konstitutionellen Kindergarten groß gepäppelt worden sei, wo bekanntlich der Kommunismus, Sozialismus und Atheismus seine Wurzeln hat. — Aber zu ihrem Lobe wird hinzugefügt, daß zwischen ihren Rippen ein Herz schlage, das wie Berlin „viel Raum hat zu einer schönen Gegend," und daß, wenn sie nur erst verbessert werde, sie gewiß auch besser sein wird.

So lautet ihr Signalement nach Herrn Professor Stahl. —

Nach Herrn von Gerlach lautet es noch etwas bestimmter. Vor Allem macht er ihr den Vorwurf, daß sie unter falschem Namen existirt. Die Verfassung soll nämlich gar nicht die „Verfassung" sein, sondern das, was man so nennt, ist eine „Verfassungs-Urkunde" und diese Urkunde scheint Herrn von Gerlach gar kein lieber Kunde zu sein. Er behauptet, daß wohl die „Verfassung Preußens" beschworen worden ist, aber nicht diese „Urkunde" vom 31. Januar. Gleichwohl meint es Herr von Gerlach sehr gut mit ihr, er betrachtet sie als eine Art Schießscheibe, die nur dasteht, um durchlöchert zu werden. Er ruft mit Entzücken aus: „Ist diese Verfassungs-Urkunde erst hinlänglich durchlöchert, so wird Niemand mehr diese Urkunde mit der Verfassung selbst, dem Inbegriff unseres geltenden Rechts verwechseln!" — Wir erhalten demnach noch zwei gute Merkmale zu ihrem Signalement.

Das erste, daß sie sich vortrefflich eigne zum Durchlöchern und zweitens, daß sie in diesem Jahre so vorzüglich durchlöchert werden soll, daß sie kein Mensch mehr mit einer wirklichen undurchlöcherten Verfassung wird verwechseln können.

Da dies so ziemlich zum Signalement ausreicht, so wollen wir einem Maler die Aufgabe stellen, uns ihr Porträt jetzt anzufertigen.

Von welcher Seite aber man solch' ein Porträt anfertigen soll, das wird uns schwer anzugeben. Malt man sie, was man so nennt, en face, von vorne, so erscheint das liebe Kind ordentlich grundrechtlich. Denn von vorne betrachtet, hat Herr von Gerlach Recht, wenn er sagt, „die Urkunde ist mit dem Grundrechtswesen aus der Paulskirche und dem Jahre 1848 **behaftet**." — Malt man sie von hinten, wo der Belagerungszustand, die Revisionsverheißung, die Gültigkeit aller alten Gesetze, der bestehenden Steuern und der bestehenden Behörden sichtbar wird, so könnte man glauben, sie sei das gelungenste Original einer Verfassung. Malt man sie von der rechten Seite, so könnte sie nicht schwarz genug, malt man sie von der linken, so kann sie nicht bleich genug angestrichen werden. Am besten wird es also sein, daß man dem Künstler, der nicht weiß, wie er mit dieser Verfassung fertig werden soll, den Rath ertheilt, sich an Hassenpflug zu wenden, welcher bekanntlich deutsche Verfassungen am besten zu behandeln weiß.

Wenn wir nun in so weit einer großen Sorge ledig sind, wollen wir nur noch ein paar Worte der Verfassung zu ihrem Geburtstag zurufen.

Gute Verfassung!

Herr von Gerlach sagte vor einigen Tagen in der Kammer folgende Worte: „Vor 1848 hatten wir die Verfassungs-Urkunde und Gemeinde-Ordnung **vor** uns, — jetzt haben wir beide **hinter** uns." Obgleich also Herr von Gerlach dich hinter sich hat, will er dich doch vornehmen und zwar um dich tüchtig zu durchlöchern.

Wir fürchten daher, daß du schon in einem so frühen Alter von zwei Jahren den Beruf in dir trägst, ein großes Loch in der Schöpfung zu werden; und schreitest du in dieser Weise fort, so kann das Loch so groß werden, daß das ganze Vaterland bequem durch dasselbe geht. Da aber ein Vaterland ohne Verfassung besser ist als eine Verfassung ohne Vaterland, zumal wenn sie doch nur ein großes Loch werden soll, so ersuchen wir dich, daß du bei der Kammer eine Petition einreichst, daß man deinen 119 Artikeln den nachstehenden Artikel verfassungsmäßig auf Grund des Artikel 107 hinzurevidire: „Art. 120. Es ist der Verfassung gestattet, zu sterben, wenn sie nicht mehr die Kraft hat, um zu leben." — Mit diesem Artikel wäre dir und uns geholfen. Man würde von dir sagen: sie ist in Unschuld geboren und in Ruhe gestorben, und wir würden ausrufen: Selig sind die Gestorbenen, die nicht sehen, was die Lebenden noch Alles erleben werden!

Ach ja, so ist es leider!!!

Berlin, den 30. Januar.

— Die 2. Kammer beendete heute die Berathung über den Beseler'schen Antrag; der mitgetheilte Antrag der Kommission auf Uebergang zur Tagesordnung wurde mit 139 gegen 130 Stimmen angenommen. — In der 1. Kammer wurde heute der Gesetzentwurf über die Vereinigung der beiden obersten Gerichtshöfe (Obertribunal und Rhein. Revisionshof) berathen und angenommen. Es folgte sodann die Berathung über die mitgetheilten Verfassungsänderungsanträge der Abg. v. Gaffron, v. Zander, Klee und v. Plötz. Der Abg. v. Vincke stellt hierzu den Antrag: die Kammer möge ohne spezielle Diskussion der einzelnen Anträge über sämmtliche Vorschläge zur Tagesordnung übergehen. Dieser Antrag auf Tagesordnung wird jedoch mit 95 gegen 45 Stimmen verworfen. Die Kammer schreitet sodann zur Berathung der einzelnen Anträge, zunächst des vom Abg. Klee gestellten auf Wegfall der Diäten für die 2. Kammer. Nachdem der Minister des Innern sich gegen den Antrag ausgesprochen, indem er mindestens gegenwärtig nicht an der Zeit sein würde, wird derselbe von dem Abg. Klee zurückgezogen. Es folgt die Berathung über den Vorschlag des Abg. v. Gaffron, welcher die Bestimmung der Verfassung, daß Beamte keines Urlaubes zum Eintritt in die Kammern bedürfen, gestrichen wissen will. Der Antrag wird mit 75 gegen 57 Stimmen verworfen.

— Die „N. Pr. Z." enthält Folgendes: „Mehr und mehr verstärken sich die Gerüchte, daß der Präsident gedenke: 1) eine Einkommensteuer einzuführen; 2) die 5proz. Rente herabzusetzen; 3) Papiergeld auszugeben (angeblich zur Betreibung von Hypothekenbanken). Eide brechen, politische Komödien spielen, Deportiren, Füsiliren: das Alles dulden die Franzosen lächelnd. Die Konfiskation des Eigenthums macht sie schon bedenklicher: — denn die Reihe kann auch einmal an die Bankiers kommen. Aber jene drei Maßregeln werden sie nicht ertragen: das ist, als wenn man einen Türken am Barte zupft. Und darum glauben wir auch für jetzt an jene Gerüchte nicht."

— Das Kroll'sche Lokal wird am 16. Februar zum ersten Male dem Publikum geöffnet werden.

— In diesen Tagen reisten hier zwölf englische Maschinisten durch, welche von der russischen Regierung als Lokomotivführer bei der Petersburg-Moskauer Eisenbahn auf mehrere Jahre engagirt sind.

† Der hiesige Frauenverein zur Unterstützung verschämter Armen hatte im Jahre 1851 eine Einnahme von 3021 Thlrn. 22 Sgr. 1 Pf. und eine Ausgabe von 2317 Thlrn. 1 Sgr. 10 Pf., so daß ihm ein Baarbestand von 704 Thlrn. 20 Sgr. 3 Pf. blieb. Die Ausgabe bestand in Unterstützungen von 306 armen Familien und statutenmäßiger Uebertragung einer Summe zum Kapitalfonds, welcher gegenwärtig 2860 Thlrn. beträgt.

— Die Zahl der städtischen Gasflammen beträgt 3356 öffentliche und 17048 Privatflammen.

— Vor der 4. Abth. des Kriminalgerichts wurde gestern gegen den Buchhändler Simion wegen eines in seinem Verlage erschienenen Werkes bei Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt. — Ein bei Ausschluß der Oeffentlichkeit vor dem Schwurgericht verhandelter Prozeß wegen Majestätsbeleidigung wurde vertagt.

— Gegen einen fünfmal bestraften Dieb, welcher unter Anklage stand, seiner Schlafwirthin 10 Thlr. gestohlen zu haben, beantragte der Staatsanwalt aus Mangel an Beweisgründen das Nichtschuldig; gegen den Angeklagten sprach nichts weiter als die gute Gelegenheit der That, der Besitz ungewöhnlicher Geldmittel und die Vorbestrafungen. Die Geschwornen sprachen aber nichts desto weniger ein Schuldig aus und der Gerichtshof erkannte auf 5jährige Zuchthausstrafe.

— Es wird beabsichtigt, die nunmehr von der Londoner Industrie-Ausstellung zurückgekommenen Gegenstände hier zu einer nochmaligen Ausstellung zu vereinigen.

† Heute Vormittag hielt Se. Maj. der König eine Parade über die Feuerwehr und mehrere Abtheilungen der Schutzmannschaft ab.

† Zu dem an jedem Montage am Landsberger Thore stattfindenden Viehmarkt wird das Vieh größtentheils bereits am

Sonntage in die Stadt getrieben. In der Königstadt ist nun ein Verein zusammengetreten, welcher dem als einer Störung der Sonntagsruhe entgegenwirken will.

† Wie schon erwähnt, befindet sich unter den im Staatshaushalt pro 1852 angesetzten Ausgaben für die Polizeiverwaltung eine Mehrausgabe von 9940 Thlrn. für das hiesige Polizeipräsidium. Im vorigen Jahre belief sich der Betrag für die Polizeiverwaltung in Berlin auf 502,855 Thlr., welcher zwar von der Kammer genehmigt wurde, dieselbe aber zu der Erklärung veranlaßte, daß diese Ausgabe nicht als dauernd anzuerkennen und daß die Staatsregierung auf eine fernere wesentliche Verminderung der Kosten für die Polizeiverwaltung Berlins Bedacht nehmen möge. Nach der gegenwärtig vom Regierungskommissar in der Sitzung der Zentralkommission zur Prüfung des Staatshaushaltes abgegebenen Erklärung hat eine Verminderung der Kosten, die zunächst nur in der Verringerung der Anzahl der Schutzmänner bestehen könnte, für 1852 aus dem Grunde nicht eintreten können, „weil die politischen Zustände des Auslandes in dem Maße noch nicht befestigt erscheinen, um gerade in der Hauptstadt, von deren Haltung mehr oder weniger diejenige der übrigen Orte der Monarchie abhängig bleibt, die Polizeikräfte zu vermindern.“ Die Kommission hat in Folge dessen die verlangte Forderung von 512,795 Thlr. für die hiesige Polizei gutgeheißen. Die Erhöhung der Ausgaben wurde begründet durch zwei neue der Polizeiverwaltung hinzugetretene Zweige, nämlich den neu eingerichteten Telegraphendienst für Berlin und das Druckschriftenbüreau. Für ersteren sind überhaupt 5 Stellen mit einem Gesammtgehalte von 2000 Thlrn., für letzteres 6 Stellen mit einem Gesammtgehalte von 2000 Thlrn. ausgeworfen. Ferner mußten anstatt der bisher aus Ersparungsrücksichten in den Büreaus des Polizeipräsidii beschäftigten 28 Schutzmänner geeignete Büreauarbeiter angestellt und für dieselben Diäten im Betrage von 5340 Thlrn. ausgesetzt werden.

— § Gestern hielt der Freihandelsverein eine außerordentliche General-Versammlung ab. Auf der Tages-Ordnung war die Neuwahl des Vorstandes, veranlaßt durch das Ausscheiden des bisherigen Direktors, Herrn Dr. Asher, welcher Berlin verläßt. Gewählt wurden: die Herren Dr. v. Patow, Prince-Smith, Dirigent Arndt, Kaufleute: Dünnwald, Jakob Saling, Julius David, W. Hohlfelder, Ravené und W. Lipke. Herr v. Patow nahm die Wahl jedoch nicht an, weil ihn seine längere Abwesenheit von Berlin verhindere, die Pflichten gegen den Verein vollständig zu erfüllen. Nach Beendigung der Wahl stattete Herr Dr. Asher Bericht über die Thätigkeit des Vereins, welche sich in Abhaltung öffentlicher Versammlungen, Besprechung der Tagesfragen national-ökonomischen Inhalts, so wie Verbreitung darauf bezüglicher Schriften, bewiesen habe und erwähnte dann auch der Leistungen einzelner Mitglieder, welche durch Arbeiten, wie: „Ueber die Herabsetzung des Ausgangszolles auf Wolle,“ „der Minister auf 3 Stunden,“ „Tempus omnia revelat,“ eifrig für die Freihandelsprinzipien thätig waren. Herr Prince-Smith dankte darauf dem abtretenden Vorsitzenden für den Eifer und die Hingebung, welche er dem Verein stets bewiesen, und knüpfte daran die Bemerkung, daß der Verein sein Augenmerk zunächst auf die Bestrebungen richten müsse, welche von Wien aus gemacht würden, die Staaten-Politik auf das Gebiet der Handelspolitik hinüberzuspielen, und die ihm überaus wichtig erschienen. — In dem darauf folgenden heiteren Festmahle machten sich die Toaste der Herren Prof. Schubert und v. Patow bemerklich, auf die wir vielleicht später noch einmal zurückkommen.

† Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater findet morgen (Sonnabend) eine Benefizvorstellung für Hrn. Düffke statt, die bei der allgemeinen Anerkennung, welche der Sänger in allen Kreisen findet, gewiß recht zahlreich besucht sein wird. Zur Darstellung kommt zum ersten Male die Flotow'sche Oper: „Martha.“

— Der Vorstand der hiesigen Gewerbehalle wird keineswegs bei dem Unternehmen des Weihnachtsbazars Verlust erleiden, indem die Kosten wenigstens reichlich gedeckt sind. Wenn auch nicht, wie anfangs erwartet wurde, ein bedeutender Ueberschuß erzielt wurde, so ist doch der Zweck erfüllt, den armen Gewerbtreibenden ein Ausstellungslokal verschafft zu haben.

— Die Nat. Z. erfährt aus verläßlicher Quelle, daß ein Ukas die Getreide-Ausfuhr aus dem ganzen russischen Reiche verbietet.

— In Belgien werden Pferde von französischen Händlern aufgekauft.

— Der hier zusammentretenden Zollvereins-Konferenz wird auch die Regelung der Messen in Leipzig und Frankfurt a. O., daß fortan daselbst nur noch zwei Messen jährlich bestehen sollen, vorgelegt werden.

— Polizei-Bericht vom 30. Januar. Am 29sten entleibte sich ein Mann, der längere Zeit kränklich war und an Schwermuth litt. — Am 26sten hatte eine Frauensperson das Unglück, auf dem Haakschen Markte auszugleiten und den rechten Oberschenkel zu brechen. — In dem Keller eines Schankwirths in der Bahnhofsstraße fand am 28sten Abends zwischen mehreren dort anwesenden Arbeitern Streit und Schlägerei statt, wobei der Arbeitsmann B. eine schwere Kopfverletzung erlitt.

Magdeburg, 29. Jan. Großes Aufsehen erregt hier die gestern Mittag erfolgte Verhaftung eines hiesigen Kaufmannes, gegen den der dringende Verdacht laut wurde, daß er seiner leiblichen Tante, als sie in vergangener Woche einen Besuch bei seiner Familie machte, Arsenik in Konditor-Waare beigebracht habe. Derselbe Kaufmann soll dasselbe Verbrechen auch an seinen zwei verstorbenen Frauen und an seiner Schwiegermutter verübt haben; an seiner Tante soll er bereits einige Tage vor der Vergiftung den Versuch gemacht haben, sie durch vergifteten Punsch zu tödten. Der Verbrecher war der Erbe der Getödteten.

Kiel, 26. Jan. In Kopenhagen, wo seit einiger Zeit eine Ministerkrisis stattfand, ist ein gesammtstaatliches Ministerium eingesetzt worden. Eine Proklamation über das fernere Verhältniß der Herzogthümer zu Dänemark wird mit dem Grafen Criminil erwartet, dessen Rückkehr nahe bevorstehend ist. Zu den Provinzialstände-Versammlungen sollen Neuwahlen vorgenommen werden, und zwar noch vor dem Abmarsch der Oestreicher; wie man glaubt, werden die Mitglieder der Ständeversammlungen seit 1848 nicht wählbar sein.

Braunschweig. Der Landtag ist zum 16. Februar einberufen worden.

Fulda, 27. Januar. Gestern wurde der frühere kurhessische Lieutenant v. Loßberg, welcher jedoch bereits über zwanzig Jahre den Dienst quittirt hatte, unter Gensd'armeriebedekkung von Hamburg hier eingebracht, wo er sich seit langer Zeit unerkannt aufgehalten, angeschuldigt, in Baden im Jahre 1849 am dortigen Aufstand betheiligt gewesen zu sein.

Darmstadt. Es ist schon früher gemeldet, daß der in unserer Kammer sitzende Abg. Schmitz in Zweibrücken wegen Betheiligung an der pfälzischen Revolution in contumaciam zum Tode verurtheilt ist. Dieses Verhältniß wurde kürzlich vom Präsidenten angeregt und ein Ausschuß zur Berathung der Sache ernannt; dieser ist nun einstimmig der Ansicht, daß die Kammer den Abg. Schmitz auch ferner mit gutem Gewissen als ihr Mitglied betrachten könne. — Die 6 Jesuitenväter haben Mainz verlassen und suchen sich andere Orte auf, wo sie „zum höheren Ruhme Gottes missioniren können; zwei von ihnen sind nach Würzburg, drei nach Bensheim gegangen.

Frankfurt, 28. Januar. Nächsten Montag beginnen die Väter Redemtoristen ihre Missionen in der Wiesbadener katholischen Hauptkirche; auch hier in Frankfurt werden sie einige Missionen abhalten.

Baden. Außer dem Verbote mehrerer Bücher und Zeit-

schriften ist von hier zu melden, daß die Exekution bereits in Obergrombach angelangt ist, wo kürzlich in einem Gasthause Toaste auf Hecker und die Freischaarenzeit ausgebracht wurden. Obergrombach wurde von den dorthin abgesandten 35 Reitern dadurch glücklich „gerettet“, daß dem Wirthe sein Schild entzogen und ein Schneidermeister als Kriegsgefangener abgeführt wurde.

Wien. Zur Zollkonferenz meldet die „L. Z. C.“, daß die von einigen Bevollmächtigten eingeholten Instruktionen in erschöpfender Form bereits eingetroffen sind: — Der am 26ten aus Paris eingetroffene Kourier der Gesandtschaft soll eine Instruktion über die von Seite Frankreichs künftig einzuschlagende Politik überbracht haben. Man versichert, der Inhalt der Note gebe die „untrüglichsten“ Zeichen, daß das Streben Frankreichs auf Erhaltung des europäischen Friedens gerichtet sei. — Nach der Versicherung des Regierungskommissars im Gemeinderath liegt es nicht in der Absicht der Regierung, die Gleichstellung der Juden mit den Christen nach Aufhebung der Verfassung zurückzunehmen.

Paris, 28. Januar. Die vielen Tag für Tag zirkulirenden Gerüchte beschäftigen sich noch mit den Konfiskationsdekreten, ob es die Absicht Napoleons sei, dieselben aufrecht zu erhalten und mit dem Verkaufe vorzuschreiten oder einzuhalten und die Angelegenheit den zusammentretenden Körpern vorzulegen. Die Note des „Const.“, welche sich gegen letztere Ansicht aussprach, wurde noch an demselben Tage durch andere halb offizielle Blätter widerlegt, und es heißt, daß der „Const.“, welcher bisher Zensurfreiheit genossen (die Redakteure des „Const.“ übten bekanntlich nach dem 2. Dez. die Zensur gegen die übrigen Blätter), dieses traurige Privilegium wegen seiner Voreiligkeit verloren habe. Als bestimmt versichert man, daß die Konfiskationsfrage durch die Mitglieder der Familie Orleans vor die Gerichtshöfe und den Staatsrath gebracht werden wird. — Persigny hat den im Jahre 1848 entlassenen Büreau-Chef Leon Vidal im Ministerium des Innern wieder angestellt. Der General-Sekretär der Präsidentschaft, Chevalier, ist zum General-Sekretär des Staatsraths ernannt. Pepin Lehalleur hat am 23. ebenfalls seine Entlassung als Mitglied des berathenden Ausschusses genommen. — Die Nachricht, daß L. Napoleon die Absicht habe, eine Untersuchung über den Tod des Prinzen Condé anzuordnen, beschäftigte heute die Börse, die Salons und vor Allem den Justiz-Palast. Man versicherte, daß die Familie der Rohan, von den Absichten des Präsidenten unterrichtet, alle Mittel in Bewegung setze, um wirklich das Dekret zu erhalten, welches die Revision des Prozesses wegen des Testamentes des Prinzen Condé anordnet. Jedermann versteht das enorme Interesse, welches die Revision dieses berüchtigten Prozesses hervorrufen würde. Man wird sich auch noch in Deutschland des ungeheuren Aufsehens erinnern, das 1832 der Prozeß der Rohans gegen den Herzog von Aumale und die berüchtigte Baronin von Feuchéres hervorrief. Sie haben seitdem eine Menge neues Material gesammelt, und sind überzeugt, daß bei einer Revision die gesetzliche Nichtigkeit des Testaments zu Gunsten des Herzogs von Aumale und vielleicht noch Schlimmeres sich herausstellen würde. — Die Dampf-Fregatte „Mogador“ ist am 21. mit 418 Deportirten von Rochefort nach Cayenne unter Segel gegangen. — 2000 zur Deportation bestimmte Landleute sollen auf die algierschen Ackerbau-Kolonieen vertheilt werden.

Paris, 29. Januar. Der heutige „Moniteur“ bringt die Ernennung Hieronymus Napoleons zum Präsidenten des Senats, so wie die Ernennung von vier Vize-Präsidenten. — (Tel. Dep.)

Italien. Am 23. sprach die kriegsrechtliche Kommission das Urtheil über die Mitschuldigen an der Ermordung des Obersten Marinovich (der bei dem Ausbruch der Bewegung in Venedig im Frühjahr 1848 im Arsenal ermordet wurde). Zwei derselben wurden zum Tode durch den Strang und einer zu zwölfjähriger Kerkerstrafe verurtheilt, der vierte Angeklagte ward freigesprochen. Die Hinrichtung der beiden ersteren sollte am 26. stattfinden.

Rom, 22. Januar. Der Papst hat eine Staats-Oekonomie-Kommission zur Ermöglichung von Ersparnissen ernannt. (Tel. Dep.)

Polen. Aus dem Postamte zu Szczuczyn ist am 10ten d. Mts. ein Faß, worin 40,000 Silberrubel meistens in Goldmünzen enthalten waren, gestohlen worden.

London. Man sieht von allen Seiten mit Spannung der bevorstehenden Eröffnung des Parlaments entgegen; über das von dem Ministerium vorzulegende Wahlreformgesetz verlautet, daß der Zensus für die Städte auf 5 Pf. St., für das Land auf 10 Pf. festgesetzt werden soll, ferner würde mehreren Flecken, die trotz ihrer geringen Wählerzahl einen Abgeordneten ins Parlament schickten, und anderen, die durch Wahlbestechungen berüchtigt waren, das Wahlrecht genommen werden. London und andere Orte, die seit der letzten Wahlreform in ungeheurem Maße zugenommen haben, sollen dagegen mehrere neue Mitglieder ins Parlament senden; was einen der wichtigsten Punkte der Wahlreform, die geheime Abstimmung anbelangt, so kennt man hierüber die Absicht des Ministeriums nicht, die Reformpartei wird jedoch fest darauf beharren. — Die Invasionsfrage, d. h. die Frage, ob Louis Napoleon tollkühn sein werde, den Plan seines Onkels, England auf eigenem Boden anzugreifen, wieder aufzunehmen, hat jetzt alles andere, Ministerkrisis, Verbindung der Whigs mit den Peeliten ꝛc., in den Hintergrund gedrängt. Den fortdauernden Bemühungen der Presse, welche auf die Unzuverlässigkeit Louis Napoleons trotz seiner an alle Höfe gerichteten, von friedfertigen Gesinnungen überströmenden Noten, sowie auf die Schwäche Englands hinwies, welches nur eine geringe Landmacht und seine Kriegsflotte nach allen Enden der Welt zerstückelt habe, ist es nun gelungen, die Regierung zur Wachsamkeit und zu Rüstungen anzuspornen. Das Landheer wird durch Werbungen — Aushebungen giebt es in England nicht — verstärkt und eine Anzahl von Schiffen aus dem Mittelmeere und der Station in Portugal nach dem Kanal zurückberufen.

New-York, 14. Jan. In Annopolis und in Baltimore ist Kossuth mit Auszeichnung empfangen worden. Am 28. d. M. wird er in Cincinnati mit Kinkel zusammentreffen. — Von Mexiko über San Andres, Crizava, Cordoba bis Vera Cruz wird ein elektrischer Telegraph angelegt, der auch bis zum stillen Meere fortgeführt werden wird.

Bekanntmachung.

Durch die Mittheilungen öffentlicher Blätter über eine vom Herrn Minister-Präsidenten empfangene Deputation mehrerer Gesellenschaften hiesiger Innugen, und über die von dieser Deputtion in Betreff unserer gewerblichen Verwaltung vorgetragenen Beschwerden, hatten wir uns veranlaßt gefunden, Seine Excellenz um nähere Bezeichnung der einzelnen Beschwerdepunkte zu bitten, um demnächst unsererseits darüber einen aktenmäßigen Bericht erstatten zu können. Die hierauf dem Herrn Vorsitzenden des Collegii zugegangene, fast gleichzeitig mit dem Eingange, namentlich in der Zeitschrift „Die Zeit“ veröffentlichte Antwort

(Fortsetzung in der Beilage.)

Berlin,
Verlag von Theodor Heymann.

Hierzu eine Beilage.

Druck von W. Pormetter in Berlin,
Kommandantenstr. 7.

Beilage zu Nr. 26. der Urwähler-Zeitung.

Sonnabend, den 31 Januar 1852.

des Herrn Minister-Präsidenten vom 22. d. Mts. legt uns die Pflicht auf, zur Wahrung der Ehre unseres Collegii und seiner Mitglieder und zur Vermeidung von Mißverständnissen, in aller Kürze der Oeffentlichkeit diejenigen Thatsachen zu übergeben, welche der obigen Beschwerde zu Grunde liegen und über welche wir auch bereits derjenigen Verwaltungs-Instanz, welche die Beschwerde entgegen genommen, unterm 22. d. M. pflichtschuldigen Vortrag gehalten haben. In dem über diese Konferenz veröffentlichten stenographischen Berichte sind besonders drei Beschwerde-Punkte hervorgehoben. Der erste betrifft die Beschwerde der hiesigen Schneidergesellenschaft hinsichtlich ihres Kassirers und Altgesellen. Dieselbe ist bereits von der königlichen Regierung zu Potsdam vollständig geprüft und durch Verfügung vom 19. Dezbr. v. J. als unbegründet zurückgewiesen. Nicht minder hat der zweite Gegenstand der Beschwerde, in Betreff der Amtsentsetzung des Tischler-Altgesellen Weimann durch die Regierungs-Verfügung vom 21. Dezember und durch die Ministerial-Entscheidungen vom 2. August u. 25. November 1851 im Sinne unserer Verwaltung bereits seine vollständige Erledigung gefunden.

Endlich werden noch einem Mitgliede unseres Collegii Aeußerungen bei Gelegenheit einer Berathung der Kreis-Prüfungs-Kommission in den Mund gelegt, welche nach der Erklärung von 38 bei jener Berathung gegenwärtig gewesenen, inzwischen amtlich vernommenen Kommissarien nicht gefallen sind, und haben wir uns veranlaßt gesehen, gegen die Erheber und Verbreiter dieser Verleumdungen die richterliche Hülfe in Anspruch zu nehmen. — Wenn Se. Excellenz der Herr Minister-Präsident in dem Erlasse vom 22. d. M. es aussprechen, wie jeder Zeit der Grundsatz festgehalten werden müsse, in dergleichen Dienstsachen den gesetzlich vorgeschriebenen Behandlungsweg nicht zu unterbrechen und die Ressort-Verhältnisse aufrecht zu erhalten, so kann dies nur mit Freuden begrüßt werden; wir bedauern nur, daß die Beschwerdeführer, welche, wie sich ermittelt, als Deputirte der Gesellenschaften gar nicht einmal angesehen werden können, darüber mit Stillschweigen hinweggegangen sind, daß der Gegenstand ihrer Beschwerde theilweise schon entschieden, und daß dieselben ihrer Pflicht nicht eingedenk waren, überall zunächst den gesetzlich vorgeschriebenen Behandlungsweg zu betreten und bis in die höchsten Instanzen zu verfolgen. Wäre dies geschehen, so würde es sich da, wo bereits Entscheidungen ergangen, bei einer Beschwerde nicht mehr um unsere Verwaltung, sondern um die Entscheidungen der Königlichen Behörden, und da, wo noch keine Voruntersuchungen stattgefunden, lediglich darum gehandelt haben, die Beschwerdeführer auf den vorgeschriebenen Behandlungsweg zu verweisen, um dem Uebergange von Aeußerungen in die öffentlichen Blätter vor erörterter Sache vorzubeugen, welche in den Augen des größeren und mit dem Gegenstande nicht vertrauten Publikums die Vermuthung aufsteigen lassen, als hätten wir unsere Pflicht hintangesetzt und Maßregeln ausgeführt, die dem Wohle der Arbeiter entgegen sind. Inwiefern das Ressort-Verhältniß bei der gegenwärtigen Angelegenheit allseitig festgehalten worden ist, lassen wir dahin gestellt; wenn sich aber der Chef des Königl. Staats-Ministerii veranlaßt findet, unmittelbar über uns Beschwerden entgegen zu nehmen, so schien es uns der Billigkeit und Gerechtigkeit zu entsprechen, daß auch dem Verklagten da seine vorläufige Verantwortung zu übernehmen verstattet werde, wo die, alsbald darauf in Folge stenographischer Berichte veröffentlichte Beschwerde in einer ungewöhnlichen und besonders hervorstechenden Weise angebracht werden ist. In wie weit unabhängig von der Verwaltung des Magistrats eine Veranlassung vorgelegen hat in dem hohen Rescripte vom 22. d. Mts. die Bemerkung einfließen zu lassen, daß diejenigen Beschwerden besonders zu beachten seien, welche gegen büreaukratische Bedrückung gerichtet sind, weil diese nicht selten achtungswerthen Klassen der Gesellschaft gerechte Ursache zur Unzufriedenheit geben sollen, und daß dieselben Beamten, von denen sie ausgeübt werden, gewöhnlich die zu sein pflegen, welche den Anordnungen ihrer Vorgesetzten Widerstand entgegenstellen, vermögen wir nicht abzusehen; jedenfalls ist dieselbe für uns ohne Bedeutung und trifft weder das Kollegium noch irgend ein Mitglied desselben, da gegen den Magistrat in seiner Gesammtheit Beschwerden über büreaukratische Bedrückung bis jetzt nicht erhoben worden sind, wir auch noch nie die Erfahrung gemacht haben, daß irgend ein einzelnes Mitglied unseres Kollegii den Anordnungen seiner Vorgesetzten Widerstand entgegen gestellt hätte, wohl aber wissen, daß wir treu unserer Pflicht und unserem Gewissen, stets darauf bedacht gewesen sind, das Ansehen der Gesetze und Behörden nach allen Seiten hin mit aller Kraft und Berufstreue zu wahren.

Berlin, den 28. Januar 1852.

Magistrat hiesiger Königl. Haupt- und Residenzstadt.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Holdheim, in Berlin.